



HISTORISCHE
KOMMISSION
BEI DER BAYERISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN



MÜNCHEN

Jahresbericht 2017



HISTORISCHE
KOMMISSION
BEI DER BAYERISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN

HK
MÜNCHEN

Jahresbericht 2017

Herausgegeben von der Historischen Kommission
bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

München 2018

INHALT

Jahresbericht 2017

- Historische Kommission 5
- Veröffentlichungen der Historischen Kommission 23
- Veröffentlichungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 25
- Mitglieder der Historischen Kommission 27
- Die Abteilungen der Historischen Kommission und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter 29

Eine Währung für das Reich. 33
Die Akten der Münztage zu Speyer 1549 und 1557.
Oliver Volckart

JAHRESBERICHT 2017 HISTORISCHE KOMMISSION

I.

Mit den „Protokollen des Bayerischen Ministerrats 1945-1962“, zunächst für die Jahre 1945 bis 1951, hat die Historische Kommission im laufenden Jahr ihr Angebot digitaler Quelleneditionen nicht nur quantitativ erweitert – freigeschaltet wurden die 536 Sitzungsprotokolle vom 8. Juni 1945 bis 28. Dezember 1951 im Umfang von 6.606 Seiten (www.bayerischer-ministerrat.de) –, sondern auch qualitativ einen Sprung gemacht. Denn dies ist die erste Online-Präsentation mit der Software Oxygen, realisiert von Matthias Reinert und Maximilian Schrott, mit der der Bearbeiter, Oliver Braun, künftig weiterarbeiten wird. Damit bestehen die technischen Voraussetzungen für eine reibungslose Fortsetzung der Online-Präsentation der Edition, die im Übrigen auch über den OPAC der Bayerischen Staatsbibliothek (BSB) aufgerufen werden kann. Das neue Online-Angebot wurde am 11. Juli 2017 im Beisein des Amtschefs des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Peter Müller, im Historischen Kolleg präsentiert (vgl. SZ 19.7.2017).



v.l.n.r.: Margit Ksoll-Marcon, Peter Müller, Andreas Wirsching,
Maximilian Schrott und Oliver Braun.

[Foto: Jörn Retterath, Historisches Kolleg; vgl. auch die Pressemitteilung
www.historischekommission-muenchen.de/aktuelles.html]



Neben der Volltextsuche ist auch die Suche über die Register der einzelnen Bände möglich. Mit der Edition, die auch online durch Einleitung und Register kontextualisiert und mit biographischen Fußnoten und Sachkommentaren versehen ist, sind ebenso zahlreiche Referenzquellen, die besonders häufig zitiert werden, unmittelbar verknüpft, beispielsweise die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, die Stenographischen Protokolle und Beilagen-Bände des Bayerischen Landtags oder das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt (GVBl.).

Das technische Vorgehen bei dieser Edition dient jetzt auch als Muster für weitere digitale Editionsprojekte, die wie die Edition des wissenschaftlichen Briefwechsels von Karl Hegel oder die Korrespondenz zwischen Adolf Harnack und Friedrich Althoff heuer auf der Grundlage von zwei Bewilligungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bei der Historischen Kommission begonnen werden konnten.

Angesichts der verstärkten Präsenz der Historischen Kommission im digitalen Medium hat sie auf ihrer Jahresversammlung im März 2017 beschlossen, dass ab 1. Januar 2018 neben Matthias Reinert, dem leitenden Mitarbeiter unserer Abteilung „Digitale Publikationen“, auch Maximilian Schrott, der schon einige Zeit über Drittmittel in Teilzeit für die Kommission tätig ist, in Vollzeit aus eigenen Mitteln beschäftigt wird. Damit wird den gewachsenen Anforderungen an digitale Dienstleistungen in allen Abteilungen der Historischen Kommission entsprochen.

Weil immer mehr Forschungsprojekte zumindest eine digitale Komponente besitzen, scheint nach einer Periode der Erprobung nun die Zeit reif dafür zu sein, bestimmte Verfahren zu etablieren und künftig strukturiert anzuwenden. Dafür wird eine Gruppe von Mitgliedern der Kommission

ein Papier für eine digitale Strategie der Historischen Kommission vorlegen, das die Jahresversammlung zu diskutieren haben wird.

Eine tragende Säule der Kommissionsarbeit stellt die Neue Deutsche Biographie (NDB) dar, die mit wissenschaftlichen historisch-biographischen Artikeln den gesamten deutschen Kulturraum abdeckt und zugleich die deutsche Nationalbiographie darstellt. Parallel zum Abschluss der gedruckten Serie mit den Bänden 27 und 28 haben die Vorbereitungen für den Weiterbetrieb des historisch-biographischen Lexikons in digitaler Form als NDB-online begonnen. Der Umstellungsprozess ist technisch und inhaltlich komplex. Klar ist schon jetzt, dass das neue Artikelformat mehr bieten wird als das bisherige. Dies erhöht auch den Aufwand. Ohne eine zusätzliche Fachkraft für zentrale und Querschnittsaufgaben (Multi-media Content, Identifizierung von Personen, Orten, Körperschaften, Ermittlung und Visualisierung von Relationen zu Personen, Orten, Körperschaften, GND-Versorgung, Dokumentation etc.) wird dies nicht zu leisten sein. Nachdem die NDB seit 2006 mehrfach Personal einsparen musste, besitzt für die Kommission nun die zusätzliche Einstellung eines Medienredakteurs (TV-L E 13) zum nächstmöglichen Zeitpunkt Priorität, um den Erfolg der Umstellung auf NDB-online zu gewährleisten.

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung ihres Arbeitsprogramms hatte die Historische Kommission zuletzt unter anderem die Wirtschaftsgeschichte wieder als ergiebiges Forschungsgebiet identifiziert. Im Jahr 2018 wird sie daher in diesem Kontext eine Machbarkeitsstudie für eine Edition des Briefwechsels des Bankiers Hermann Josef Abs (1901-1994) erarbeiten, die in einen Drittmittelantrag einmünden soll. Verantwortlich dafür ist Jan-Otmar Hesse (Bayreuth).

Nachdem 2017 die Materialien der „Gesamtausgabe des Briefwechsels von Leopold von Ranke“ von Würzburg nach München transferiert worden sind, muss die Historische Kommission entscheiden, ob und wie die Edition konzeptionell, personell und nach dem Auslaufen der DFG-Langfristförderung im Jahr 2015 mit eigenen Mitteln sinnvoll fortgeführt werden kann.

II.

Wie in den vergangenen Jahren hat sich die Historische Kommission durch ganz unterschiedliche Aktivitäten um eine verstärkte Sichtbarkeit ihrer wissenschaftlichen Arbeit bemüht, so beispielsweise im Rahmen des „Kompetenzverbundes Historische Wissenschaften München“. Dies hat sie neben der oben bereits erwähnten Präsentation des neuen digitalen

Auftritts der „Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945-1962“ unter anderem am 20. Mai 2017 durch ihre Beteiligung am Tag der Offenen Tür der Bayerischen Akademie der Wissenschaften getan. Dort präsentierten sich ihre digitalen historisch-biographischen Abteilungen, die „Deutsche Biographie“ (DB; www.deutsche-biographie.de) und das in Gießen und Bern angesiedelte „Repertorium Academicum Germanicum. Die graduierten Gelehrten des Alten Reiches 1250-1550“ (RAG; www.rag-online.org). Bernhard Ebneht und Matthias Reinert (beide München) haben die DB, Kaspar Gubler (Bern) und Lotte Kosthorst (Gießen) das RAG vorgestellt. Der Leiter der Abteilung DB, Malte Rehbein (Passau), hat zudem im Rahmen des Tages der Offenen Tür im „Digitalen Salon“ an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Open Access – wie offen ist die Wissenschaft?“ teilgenommen. Mit Blick auf den Tag der Offenen Tür hat die Historische Kommission einen Flyer zur Information über das Angebot des historisch-biographischen Informationssystems DB produziert.

Nach den Wahlen in den USA und vor der deutschen Bundestagswahl im September 2017 hat die Historische Kommission am 17. Juli 2017 zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung „Wahlbeeinflussung: Neues Thema oder alter Hut? Was kann ein Blick in die Geschichte des 19./20. Jahrhunderts zur Debatte beitragen?“ in das Historische Kolleg eingeladen. Konzeption und Leitung dieser Veranstaltung, die im Rahmen des



Diskussion zum aktuellen Thema Wahlbeeinflussung am 17. Juli 2017:
v.l.n.r. Bernhard Löffler, Andreas Fahrmeir, Daniela Münkler und Thomas Helmsdorfer
[Foto: Jörn Retterath, Historisches Kolleg].

„Kompetenzverbundes Historische Wissenschaften München“ angeboten wurde, lag bei Bernhard Löffler (Regensburg). Die Süddeutsche Zeitung hat darüber am 19. Juli 2017 auf der ersten Seite ihres Feuilletons berichtet.

Im Anschluss an ihre Abteilungsleitersitzung lud die Historische Kommission schließlich am 10. Oktober 2017 zu der von Jürgen Müller und Andreas Fahrmeir (beide Frankfurt a.M.) konzipierten Tagung „Deutscher Bund und innere Nationsbildung im Vormärz (1815-1848)“ ein, die an das DFG-Projekt „Gesellschaftliche Erwartungen und bürokratische Experten. Die Kommissionen und Ausschüsse des Deutschen Bundes als Foren politischer Aushandlungsprozesse“ anknüpfte (vgl. den ausführlichen Tagungsbericht von Jürgen Müller <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7451>, 13. Dezember 2017). Die Ergebnisse der Tagung werden im nächsten Jahr in einem Band der Schriftenreihe der Historischen Kommission veröffentlicht.

2018 wird es eine Neuauflage der Editorenschule der Historischen Kommission geben (17.-19. Juli 2018), die sie erstmals 2016 im Rahmen des Kompetenzverbundes angeboten hatte. Im Zentrum des Angebots, das sich an fortgeschrittene Studierende richtet, stehen dieses Mal „Personenbezogene Quellen“. Konzeption und Leitung liegen erneut bei Reinhard Stauber (Klagenfurt), der dabei von Dr. Elisabeth Lobenwein (Klagenfurt) unterstützt wird. Es wird auch am 18. Juli 2018 wieder eine abendliche Podiumsdiskussion in der Kaulbach-Villa geben, die den Titel „Von den Quellen zur Biographie“ trägt.

III.

Nachdem die Höhe der Drittmittel im vergangenen Jahr rückläufig war, ist der Historischen Kommission 2017 mit vier erfolgreichen DFG-Anträgen gewissermaßen eine Trendwende gelungen. Erfolgreich waren der von Helmut Neuhaus (Erlangen) formulierte Antrag für eine Edition des wissenschaftlichen Briefwechsels des Herausgebers der „Chroniken der deutsche Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert“ Karl Hegel (Projektbeginn 1. Juli 2017), der Antrag für eine Edition des Briefwechsels zwischen dem hohen preußischen Ministerialbeamten Friedrich Althoff und dem Theologen und Wissenschaftsorganisator Adolf Harnack (Projektbeginn 1. September 2017), zudem der maßgeblich von Gabriele Haug Moritz (Graz) formulierte und von Helmut Neuhaus bei der DFG eingereichte Antrag „Der Regensburger Reichstag des Jahres 1576. Ein Pilotprojekt zum digitalen Edieren frühneuzeitlicher Quellen“ (Projektbeginn 1. Mai 2018) sowie der von Dominik Geppert (Bonn) vorgelegte

Antrag „Zwischen Wissenschaft und Politik. Hans Delbrück – Ausgewählte Korrespondenz (1868-1929)“ (Projektbeginn 1. Januar 2018). Wie in den vergangenen Jahren verschaffen die mit den Bewilligungen gewährten „Programmpauschalen“ der Historischen Kommission finanzielle Spielräume, die im Rahmen ihrer allgemeinen Mittel nicht vorhanden wären und die primär für den Abschluss von Editionsprojekten – zuletzt insbesondere in der „Jüngeren Reihe“ der „Deutschen Reichstagsakten“ für die Edition der Quellen des „Reichstages zu Regensburg 1541“ – eingesetzt werden.

Noch in der Begutachtung befindet sich der von Historischer Kommission (Rehbein; Reinert, Jordan) und Bayerischer Staatsbibliothek im September bei der DFG eingereichte Antrag zur „Implementierung eines Forschungslabors für die Deutsche Biographie und Entwicklung eines ressourcenübergreifend anwendbaren ontologischen Standards“.

Ein weiterer von der Kommission (Reinert) gemeinsam mit der Universität Passau (Digital Humanities) und zusammen mit der Donau-Universität Krems (Lead-Partner) sowie Partnern aus den Niederlanden, Österreich und Slowenien im EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ eingereichter Antrag zur Visualisierung von Biographiedaten (BiograVIS) erreichte in der zweiten Antragsrunde zwar eine überdurchschnittliche Punktzahl, erhielt jedoch trotzdem keine Förderpriorität.

Ende des Jahres 2017 haben unser Mitglied Christoph Kampmann für die Universität Marburg und Michael Rohrschneider (Bonn) für das Zentrum für Historische Friedensforschung in Bonn bei der Akademienunion über die Düsseldorfer und die Mainzer Akademie einen Antrag mit einer Laufzeit von 23 Jahren für eine „Digitale Edition der Akten des Immerwährenden Reichstages zu Regensburg (1663-1740)“ eingereicht, der von der Historischen Kommission als Kooperationspartner mit einer Editorenstelle in Regensburg (frühestens ab 2020) unterstützt wird.

IV.

1. Gabriele Annas hat ihre Arbeiten an Band 20 der „Deutschen Reichstagsakten, Ältere Reihe“ (1455-1463) mit zahlreichen Archivreisen fortgesetzt. Dabei gelangen unter anderem im Stadtarchiv Aachen sowie im Historischen Archiv der Stadt Wetzlar bemerkenswerte Neufunde. Die Ergebnisse der Archiv- und Bibliotheksrecherchen konnten anschließend in das in weiten Teilen bereits abgeschlossene Manuskript zu den Reichsversammlungen der Jahre 1455 bis 1458 (Hauptteil A) eingearbeitet werden. Fortgeführt wurden ebenfalls die Arbeiten an den beiden zu

Nürnberg und Wien abgehaltenen Reichsversammlungen des Jahres 1460 (Hauptteil B), bei denen im Gefolge des päpstlichen Fürstenkongresses von Mantua 1459/60 vor allem die militärische Bekämpfung der Türken auf der Agenda stand. Für das kommende Jahr sind weitere Archivreisen sowie der Abschluss des Hauptteils B vorgesehen.

In der von Eike Wolgast geleiteten Abteilung „Deutsche Reichstagsakten, Mittlere Reihe“ konnten die von Dietmar Heil bearbeitete Edition des „Reichstags zu Worms 1509“ sowie die von Reinhard Seyboth erstellten Bände mit den Quellen der Reichstage zu „Augsburg 1510 und Trier 1512“ im Druck vorgelegt werden. Beide Editionen können, da Herr Reinert bereits den Satz fertiggestellt und die Präsentation in xml vorbereitet hat, ab März 2019 auch online zur Verfügung gestellt werden.

Im laufenden Jahr haben die Bearbeiter die Archivrecherchen für die beiden letzten ausstehenden Bände der „Mittleren Reihe“ intensiviert, deren Gesamtabschluss nun absehbar ist: Herr Seyboth für die „Reichstage zu Worms 1513 und Mainz 1517“ und Herr Heil für den „Reichstag zu Augsburg 1518“. Herr Seyboth wird, um den Band möglichst weit voranzubringen, über das Erreichen des Ruhestandsalters hinaus seine Tätigkeit an dieser Edition bis zum Erreichen seines 67. Lebensjahres Ende März 2020 fortsetzen. Herr Heil wird seit 2017 von Dr. des. Katja Putzer (wissenschaftliche Hilfskraft) unterstützt. Beide Bearbeiter werden ihre Archivrecherchen 2018 fortsetzen.

In der „Jüngeren Reihe“ der „Deutschen Reichstagsakten“, in der Anuschka Tischer (Würzburg) zur Co-Abteilungsleiterin (gemeinsam mit Eike Wolgast) bestellt wurde, bereitet sie einen Drittmittelantrag für die Edition der Quellen des „Reichstags zu Augsburg 1530“ vor. Christiane Neerfeld hat die Drucklegung der von Albrecht Luttenberger vorgelegten Edition der Quellen des „Reichstags zu Regensburg 1541“ so weit im Zusammenwirken mit Matthias Reinert, der Satz und digitale Präsentation macht, vorangebracht, dass das vierbändige Quellenwerk 2018 erscheinen kann. Silvia Schweinzer hat die Endredaktion des Reichstags zu Nürnberg 1543 fortgesetzt. Wenn sie Ende September 2018 in den Ruhestand tritt, stehen voraussichtlich nur noch ein Kapitel und die Einleitung aus, so dass der Band anschließend zeitnah in Druck gehen kann. Mit Ausnahme des Bandes zu 1530, dessen Bearbeitung infolge der religions- und verfassungsgeschichtlichen Bedeutung und Komplexität des Reichstagsgeschehens vermutlich eine Bearbeitungsdauer von einer Dekade erfordern wird, wird dann auch die „Jüngere Reihe“ in Kürze fast abgeschlossen sein.

In der Abteilung „Deutsche Reichstagsakten, Reichsversammlungen 1556-1662“ konnte die 2015 von Christiane Neerfeld vorgelegte Edition der Akten des Kurfürstentags zu Regensburg 1575, realisiert von Matthias

Reinert, als insgesamt dritte digitale Reichstagsakteneedition (nach 1507 und 1556/57) im Oktober 2017 online gestellt werden (<http://reichstagsakten.de/xml/rta/frontend/index.php?vol=kft1575>). Sie ist ebenfalls über den OPAC der BSB recherchierbar.

Nach der Bewilligung des maßgeblich von Gabriele Haug-Moritz formulierten und von Helmut Neuhaus gestellten DFG-Antrags für eine Edition „Der Regensburger Reichstag des Jahres 1576. Ein Pilotprojekt zum digitalen Edieren frühneuzeitlicher Quellen“ starten die auf drei Jahre angelegten Arbeiten – die Projektleitung liegt bei Frau Haug-Moritz – zum 1. Mai 2018. Der technische Teil des Editionsprojekts wurde Georg Vogeler in Graz vom österreichischen FWF bewilligt.

Josef Leeb hat die Edition der Quellen des „Reichstags zu Regensburg 1594“ fortgesetzt. Als Ziel für den Abschluss der Arbeiten und die Vorlage eines druckfertigen Manuskripts peilt er weiterhin das Jahresende 2018 an.

2. Das in Gießen und Bern unter der Gesamtleitung von Rainer C. Schwinges (Bern) erarbeitete „Repertorium Academicum Germanicum (RAG). Die graduierten Gelehrten des Alten Reiches von 1250 bis 1550“ hat seine Arbeiten, dem modularen Aufbau des Projekts folgend, planmäßig fortgeführt. Die Datenbank weist aktuell rund 55.000 Personen auf (www.rag-online.org). Die Studien-, Promotions- und Lebensdaten jeder dieser Personen sind einem geographischen Informationssystem zugeordnet. Pro Person zählt man durchschnittlich sechs Ereignisse bei großen Abweichungen zwischen 2 und 85 Ereignissen. Nach Erreichen von Modul 4 (Südosten) erfasst das RAG über 750 verschiedene biographische Lebensstationen (Ereignisse), denen mehr als eine halbe Million Einzelbeobachtungen aus verschiedenen Räumen und Sprachen Europas zugeordnet sind. Wie in früheren Jahren besaßen auch in diesem Jahr beim RAG IT-Arbeiten erhebliches Gewicht. Herzstück des neuen Web-Auftritts, der im Frühjahr 2018 zugänglich sein wird, ist das Visualisierungsprogramm des RAG (GIS/Atlas, Statistik- und Netzwerk-Darstellungen). Der Atlas gestattet künftig Fragen in jeder Richtung (incoming und outgoing) für alle Institutionen (Universitäten, Stifte, Pfarrkirchen, Städte, Gerichte, Räte jeder Art etc.), ferner die Abbildung von Kohorten und Netzwerken der Gelehrten, jeweils immer in Abhängigkeit von der Zeit. So wird es möglich, die kulturelle Reichweite der Universitäten wie auch jeder angesprochenen weiteren Institution darzustellen. Inhaltlich geplant ist die Weiterarbeit an Modul 5 (Mittel- und Ostdeutschland), insbesondere mit Wittenberg und Frankfurt an der Oder sowie mit Ergänzungen zu Leipzig (Theologen, Artisten), Rostock und Greifswald. Für die erste Jahreshälfte 2018 ist der Abschluss der Arbeiten zu Löwen 1539-1550 zu erwarten. Offen bleibt

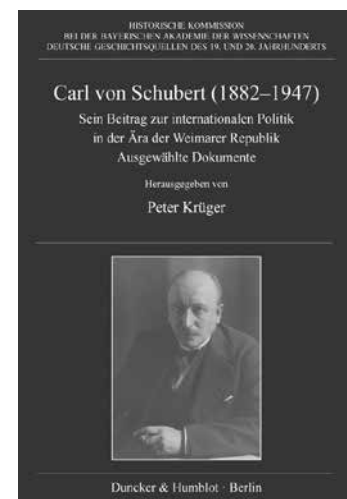
vorerst noch die systematische Erfassung der Auslandsstudierenden in Italien und Frankreich.

Nachdem die Akademienunion dem RAG 2017 ein Folgejahr 2019 gewährt hat, sind die Aussichten für einen programmgemäßen Abschluss sehr gut. Im Laufe des Jahres haben Rainer C. Schwinges und Christian Hesse erste Sondierungen zur weiteren Förderung des RAG über 2019 hinaus unternommen, die sie im nächsten Jahr fortsetzen werden.

3. Als Band 23 ist in der von Gerhard Fouquet (Kiel) geleiteten Abteilung „Deutsche Handelsakten des Mittelalters und der Neuzeit“ die von Oliver Volckart (London) herausgegebene und eingeleitete Edition „Eine Währung für das Reich. Die Akten der Münztage zu Speyer 1549 und 1557“ erschienen. Diese geldpolitischen Maßnahmen von größter Tragweite für die deutsche und europäische Geschichte stehen auch im Mittelpunkt seines Beitrags in „Akademie Aktuell“ 04/2017 (S. 32-36; siehe auch www.badw.de), in dem er die Quintessenz seiner Forschung und editorischen Arbeit zu den Speyrer Münztagen präsentiert hat (vgl. auch seinen Beitrag S. 33-43).

4. In der von Hans-Christof Kraus (Passau) zusammen mit dem Präsidenten geleiteten Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ konnte als Band 73 die Edition „Carl von Schubert (1882-1947). Sein Beitrag zur internationalen Politik in der Ära der Weimarer Republik. Ausgewählte Dokumente. Herausgegeben von Peter Krüger, mit einer biographischen Einleitung von Martin Kröger“ erscheinen.

Der deutsche Diplomat Carl von Schubert, seit 1906 im Auswärtigen Dienste des Kaiserreichs, gehörte nach dem Ersten Weltkrieg zu den versiertesten und einflussreichsten deutschen Außenpolitikern. Im Auswärtigen Amt seit Anfang der 1920er Jahre zuerst für die Beziehungen Deutschlands zu Großbritannien zuständig, berief ihn Gustav Stresemann schon 1924 in das Amt des Staatssekretärs, das Schubert bis 1930 innehatte. Während der sechs Jahre seiner Amtszeit gehörte er zu den engsten Vertrauten des bedeutendsten deutschen Außenministers seit der Bismarckzeit; alle wichtigen Entwicklungen und Entscheidungen – vom Locarno-Vertrag über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bis hin zu den mehrjäh-



rigen Verhandlungen über Reparationsfragen und Rheinlandbesetzung – wurden von ihm mit geprägt. Die viele Jahre lang von dem Marburger Historiker Peter Krüger († 2011) erarbeitete Edition präsentiert erstmals eine Fülle bislang zumeist unbekannter Dokumente zur deutschen Außenpolitik der Weimarer Zeit aus den Beständen des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts und aus dem Nachlass Schuberts. Diese Quellentexte erhellen und präzisieren wesentliche Vorgänge der deutschen Außenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg und lassen den bedeutenden Anteil Schuberts an den diplomatisch-politischen Weichenstellungen der Ära Gustav Stresemanns zwischen 1924 und 1929 erkennen.

Im Druck befinden sich ferner die von Winfried Baumgart vorgelegte Edition „Ein preußischer Gesandter in München. Georg Freiherr von Werthern. Tagebuch und politische Korrespondenz mit Bismarck 1867-1888“ sowie die von Thomas Kroll, Friedrich Lenger und Michael Schellenberger herausgegebene und im vergangenen Jahr drei Monate lang von Anne Munding sehr gründlich im Kommentar überarbeitete Edition „Werner Sombart. Briefe eines Intellektuellen 1886-1937“. Von den auf Drittmittelbasis für die Deutschen Geschichtsquellen entstehenden Editionen zu Karl Hegel, Althoff und Harnack sowie Delbrück war bereits unter III. die Rede. Dies stellt die sehr produktive, bislang ohne aus eigenen Mitteln der Historischen Kommission finanzierte Mitarbeiter auskommende Abteilung auf eine ganz neue Grundlage.

5. Der vierte Band (1811-1812) der von Esteban Mauerer bearbeiteten „Protokolle des Bayerischen Staatsrats“, der 98 zwischen 3. Januar 1811 und 31. Dezember 1812 angefertigte Protokolle (zwei Protokolle der Staatskonferenz, 96 Protokolle des Geheimen Rats) umfassen wird, ist im Berichtsjahr weit vorangekommen. Bis Ende 2018 wird ein druckfertiges Manuskript vorliegen. Es steht dann noch ein abschließender fünfter Band für die Jahre 1813 bis 1817 aus, für den 85 Protokolle zu bearbeiten sind.

6. 2017 konnte der von Jürgen Müller bearbeitete vierte und abschließende Band in der Abteilung III „Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes 1850 bis 1866“ unter dem Titel „Vom Frankfurter Fürstentag bis zur Auflösung des Deutschen Bundes 1863-1866“ erscheinen. Damit konnte die Abteilung III des 1988 etablierten Editionsprojektes zum Deutschen Bund abgeschlossen werden. In den vier Bänden liegen nunmehr insgesamt 681 Dokumente auf etwa 3.250 Druckseiten ediert vor. Der weit überwiegende Teil davon besteht aus bislang ungedruckten Archivalien aus 23 Archiven und Bibliotheken im In- und Ausland. Thematisch decken die Dokumente die innere Bundespolitik vor allem im Hinblick auf die föderative Einigung Deutschlands, die Initiativen zur ökonomischen und rechtlichen Integration sowie die machtpolitischen

Auseinandersetzungen insbesondere zwischen Österreich und Preußen ab. Besonders hervorzuheben ist, dass in den Bänden 1 und 4 erstmals die vollständigen Akten der großen Bundesreformkonferenzen von Dresden 1850/51 und Frankfurt 1863 („Fürstentag“) auf der Grundlage der archivalischen Überlieferung erschlossen worden sind.

Erste Ergebnisse des seit März 2016 und noch bis Februar 2019 laufenden DFG-Projekts „Gesellschaftliche Erwartungen und bürokratische Experten: Die Kommissionen und Ausschüsse des Deutschen Bundes als Foren politischer Aushandlungsprozesse (1816-1848)“ konnte der Bearbeiter Marko Kreutzmann auf der eingangs bereits erwähnten wissenschaftlichen Tagung zum Thema „Deutscher Bund und innere Nationsbildung im Vormärz (1815-1848)“ am 10. Oktober 2017 in München präsentieren. Er referierte zu seinen laufenden Forschungen über die Zusammensetzung, Arbeitsweise und Wirkungen der Kommissionen und Ausschüsse des Deutschen Bundes.

Im Berichtsjahr konnte Herr Kreutzmann die unter anderem auf Archivauswertungen beruhende Erschließung aller im Untersuchungszeitraum bestehenden 200 Kommissionen und Ausschüsse des Deutschen Bundes, von deren insgesamt 233 Mitgliedern sowie der rund 2.600 Eingaben an die Bundesversammlung abschließen. Die Daten zu den Kommissionen, ihren Mitgliedern und zu den Eingaben sind jeweils in einer eigenen Excel-Tabelle erfasst und können zu unterschiedlichen Fragestellungen (z.B. Gegenstand der Kommissionstätigkeit, Herkunft ihrer Mitglieder, Betreffe der Eingaben) ausgewertet werden.

2018 steht neben abschließenden Recherchen die Niederschrift der Monographie im Zentrum seiner Arbeit. Da sich die Archivrecherchen aufgrund der komplizierten Überlieferungslage als aufwendiger erwiesen, als zunächst angenommen, und die Rekonstruktion der Aushandlungsprozesse zwischen Bürokratie und Gesellschaft auch noch eine stärkere Einbeziehung von Quellen zur öffentlichen Meinung erforderlich macht, wird zudem bis Mitte 2018 ein Verlängerungsantrag (bis 28. Februar 2020) vorbereitet.

Eckhardt Treichel hat die Arbeiten am dritten Band „Die restaurative Wende in der Bundespolitik 1819-1821/1823“ der Abteilung I „Quellen zur Entstehung und Frühgeschichte des Deutschen Bundes“ unter anderem mit Archivaufenthalten fortgesetzt, die Ende 2019 mit der Vorlage eines druckfähigen Manuskripts zum Abschluss kommen sollen. In Abstimmung mit dem Abteilungsleiter wird sich jetzt auch Jürgen Müller der Abteilung I zuwenden und einen abschließenden vierten Band für die Jahre 1824 bis 1830 vorbereiten. Dazu hat er auf Archiveisen mit der Materialerschließung begonnen.

7. In der Abteilung „Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler 1933-1945“ ist gleichzeitig mit dem Ausscheiden des langjährigen Bearbeiters Friedrich Hartmannsgruber infolge des Erreichens des 67. Lebensjahres, der bei einer kleinen Feier am 18. September 2017 in München verabschiedet wurde, der von ihm bearbeitete Band VIII „1941“ erschienen. Von ihm ganz allein wurden seit 1989 insgesamt acht Bände einer der bedeutendsten Editionen zur deutschen Zeitgeschichte für die Jahre 1934/35 bis 1941 vorgelegt. Er bleibt der Edition bis zum Abschluss als Berater erhalten. Der Folgeband IX für das Jahr „1942“, nunmehr gemeinsam von dem vom Bundesarchiv beschäftigten Editoren Peter Keller und Hauke Marahrens erarbeitet, kann 2018 erscheinen. Der Band X: „1943“ ist bereits vollständig kommentiert, und auch sämtliche bekannten „Führervorträge“ sind erfasst, an der Einleitung wird gearbeitet. Revisionskorrektur und Kollationierung sind für die erste Jahreshälfte 2018 vorgesehen. Parallel hierzu sollen die Arbeiten am Schlussband XI: „1944/45“ im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Die angepeilte Beendigung des gesamten Projekts im Jahr 2020 ist damit weiter realistisch.

8. In der Abteilung „Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945-1962“ hat Oliver Braun nach der Präsentation des Online-Auftritts für die Jahre 1945-1951 die Bearbeitung des Jahrgangsbandes „1953“ des Kabinetts Ehard III mit der neuen, von Maximilian Schrott für die Anforderungen der Edition programmierten Oxygen-Version begonnen. Herzstück ist die Registerdatenbank. Sie speichert Daten und Metadaten zu Personen, Orten, Sachschlagwörtern, Literaturtiteln und Quellen, die für die Edition relevant sind. Damit ist sie zentral für die Anreicherung des Editionstextes mit zusätzlichen Informationen und Voraussetzung für viele der Zusatzfunktionen im digitalen Angebot. Darüber hinaus haben mehrere Updates die Editions Umgebung mit neuen Operationen, überarbeiteten Darstellungsstilen und einer praktischen PDF-Korrekturansicht erweitert.

Ende 2016/Anfang 2017 wurden sämtliche Ministerratsprotokolle der Jahre 1953 und 1954 nach OCR-Erfassung als xml-Dateien in die Datenbank des Programms „Oxygen“ überführt. Im Anschluss an die Datenmigration wurden sämtliche Protokolle korrigiert und formatiert, ferner die Verknüpfungen der Tagesordnungspunkte zwischen Dokumentenkopf und Fließtext („tagging“) durchgeführt. Bei diesen Korrektur- und Formatierungsdurchläufen wurden bereits sämtliche in den Protokollen namentlich oder als Amtsträger erwähnten Personen erfasst und die systematische Formulierung der Biogramme begonnen.

Seitdem die volle Funktionsfähigkeit der Editionssoftware „Oxygen“ mit den für das Editionsprojekt einschlägigen Kommentierungsmöglichkeiten gegeben ist, verläuft die Bearbeitung des Bandes Ehard III/3 in

gewohnter Weise. Das Quellenverzeichnis enthält aktuell bereits rund 400 Archivalieneinheiten, die bis dato in die Kommentare eingearbeitet und/oder in diesen zitiert wurden; das vorläufige Sachregister, das im Laufe der Kommentierungsarbeiten regelmäßig ergänzt wird, umfasst zum derzeitigen Stand ca. 300 Einträge (in der Regel Gesetze und Verordnungen). Vorgesehen ist der Beginn der Drucklegung für den Band zum Jahreswechsel 2018/2019. Parallel findet die OCR-Erfassung des vorherigen Bandes „1952“ statt, damit er, nach entsprechender vorheriger Aufbereitung und Ergänzung durch Maximilian Schrott, zeitgleich mit der Auslieferung des Bandes „1953“ im Jahr 2019 in den Online-Auftritt der Edition eingebunden werden kann.

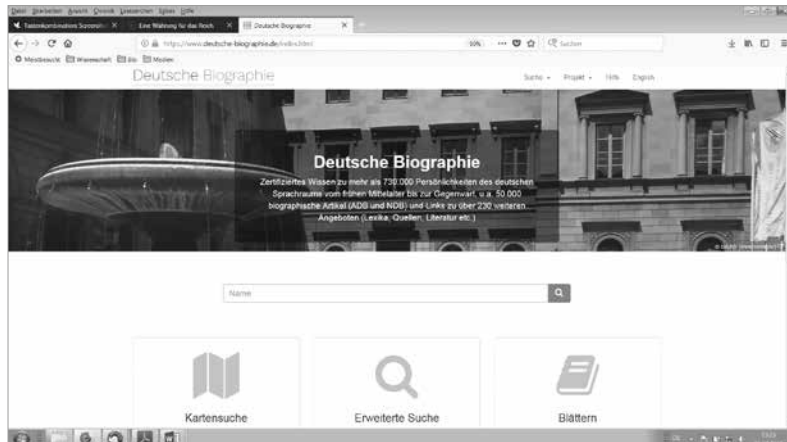
9. Die Bearbeitung des vorletzten Bandes 27 der „NDB“ kommt gut voran, leidet allerdings nach wie vor insbesondere unter personellen Engpässen in der Redaktion. Möglicherweise kann daher der ursprünglich vorgesehene Erscheinungstermin im Frühjahr 2019 nicht gehalten werden.

Parallel, dies wurde eingangs erwähnt, bereitet sich die Redaktion auch auf die mit erheblichen technischen und inhaltlichen Anforderungen verbundene Umstellung auf NDB-online vor, die im Anschluss an Band 28 nahtlos erfolgen soll. Möglicherweise kann die hierfür vorgesehene personelle Verstärkung auch eine Entlastung in der NDB-Redaktion im Rahmen des Abschlusses der Bände 27 und 28 bringen. Matthias Reinert ist an NDB-online mit Programmierungen eines CMS beteiligt.

Zur „DB“ gehört das von Malte Rehbein beantragte Projekt „Bayerische Persönlichkeiten für *bavarikon*“, das Maximilian Schrott noch bis Juni 2018 bearbeitet. Ziel ist es, alle rund 7.000 der knapp 50.000 Artikel aus ADB und NDB zu ermitteln, die bayerischen Personen gewidmet sind und diese in das Portal *bavarikon* zu importieren. Als verbunden mit der bayerischen Geschichte gilt eine Person, wenn sich laut Daten der DB ihr Geburts-, Sterbe- oder Grabort oder einer ihrer Wirkungsorte in Bayern befinden. Zusätzlich zum Gebiet des heutigen Freistaates werden auch das Innviertel (bis 1779) und die bayerische Pfalz (1815 bis 1945) berücksichtigt. Im Berichtsjahr stand daher die Erstellung einer vollständigen und gesicherten Liste der relevanten bayerischen Orte im Zentrum der Arbeit. Sie ist die Basis zur Bestimmung der Personen, die über eine Datenschnittstelle auch nach Projektende automatisch an *bavarikon* (aus neuen NDB-Bänden bzw. NDB-online-Artikeln) ausgeliefert werden sollen. Unterstützt wurde Herr Schrott bei seiner Arbeit durch die wissenschaftliche Hilfskraft Marlene Görsch.

Bei der „DB“ – sie umfasst aktuell 753.753 Personendatensätze mit GND-basierten Verlinkungen sowie ca. 50.000 ADB- & NDB-Artikel – standen naturgemäß zunächst die beiden eingangs genannten Anträge

„Forschungslabor“ und „BiograVIS“ im Zentrum der Arbeiten. Ein so großes und ambitioniertes Projekt aus dem Bereich der Digital Humanities beansprucht mit ständigen Arbeiten zur Aufrechterhaltung eines fehlerfreien Betriebs sowie Routineentwicklungen ebenfalls einen substantiellen Teil der Arbeitszeit, insbesondere von Herrn Reinert. Dazu zählen auch regelmäßige Besprechungen mit dem Kooperationspartner BSB, die mindestens einmal pro Quartal auch in größerer Runde stattfinden.



Im Dezember 2017 mündeten verschiedene Entwicklungen in einen kleinen Relaunch der Deutschen Biographie (DB; www.deutsche-biographie.de).

Dabei wurden vor allem eine attraktivere und übersichtlichere Startseite sowie neue Recherchemöglichkeiten implementiert (Pressemitteilung der Historischen Kommission vom 19. Dezember 2017; http://www.historischekommission-muenchen.de/fileadmin/user_upload/pdf/abteilungen/Pressemeldung_Deutsche_Biographie_mit_neuer_Startseite_und_neuen_Suchfunktionen_19.12.2017.pdf). Durch den Relaunch ist das Angebot jetzt übersichtlicher (verbesserte Usability). Die Artikel aus NDB und ADB werden bei den Treffern (wieder) stärker in den Vordergrund gerückt. Die Sucheinstiege (Erweiterte Suche, Kartensuche, Blättern) sind klarer differenziert, die (einfache) Basissuche ist wieder ohne Hindernisse (seit Anfang 2017 bestand ein Nutzungshemmnis in einem Warnhinweis zur Kartensuche) umstandslos sofort zu starten. Die NDB-Artikel sind in den technischen Teilen (Genealogien, Auszeichnungen, Quellen- und Literaturhinweise sowie Porträtnachweise) jetzt übersichtlicher. Die jüngste Erweiterung besteht in der tagesaktu-

ellen Anzeige, welche Persönlichkeiten am aktuellen Tag geboren oder gestorben sind. Damit erhofft sich die DB auch eine bessere Auffindbarkeit der Artikel über Internet-Suchmaschinen sowie eine Steigerung der Nutzungszahlen.

Parallel wird im Hintergrund die Integration der rund 700 Artikel und von mehreren tausend Personen aus dem Register von Band 26 der NDB in die DB vorbereitet, die mit dem Erscheinen von Band 27 aufgrund der vertraglichen Regelung mit dem Verlag Duncker & Humblot im Jahr 2019 möglich werden wird. Dazu muss auch die GND-Versorgung der Registerinträge für Band 26 geleistet werden. Dies erfolgt bei der BSB und der Historischen Kommission, wo Herr Reinert bereits rund 2.000 Datensätze (halb-automatisch) gegen die GND abgeglichen hat. Weitere 3.500 Datensätze werden von einer wissenschaftlichen Hilfskraft der Historischen Kommission im Jahr 2018 bearbeitet.

10. In der vom Sekretär verantworteten „Schriftenreihe der Historischen Kommission“, die von Helmut Neuhaus seit Band 77 (2008) herausgegeben wird, konnten 2017 drei weitere von der Franz Schnabel Stiftung finanzierte Bände erscheinen. Die Berner Dissertation von Suse Andresen „In fürstlichem Auftrag. Die gelehrten Räte der Kurfürsten von Brandenburg aus dem Hause Hohenzollern im 15. Jahrhundert“, die aus dem RAG-Projekt hervorgegangen ist, als Band 97. Als Band 100 der Schriftenreihe, die 1957 mit ihrem ersten Band an die Öffentlichkeit getreten war (zur Schriftenreihe vgl. Helmut Neuhaus, 50 Jahre Schriftenreihe der Historischen Kommission, in: Jahresbericht 2006, S. 33-45), erschien die noch bei Maximilian Lanzinner erarbeitete Bonner Dissertation von Thomas Felix Hartmann „Die Reichstage unter Karl V. Verfahren und Verfahrensentwicklung 1521-1555“, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den „Deutschen Reichstagsakten“ steht, sowie schließlich die Essener Habilitationsschrift von Korinna Schönhärl, Junior Fellow des Historischen Kollegs im Kollegjahr 2016/2017, unter dem Titel „Finanziers in Sehnsuchtsräumen. Europäische Banken und Griechenland im 19. Jahrhundert“, als Band 98.



V.

Am 2. April verstarb Konrad Repgen im 93. Lebensjahr; er war seit 1971 ordentliches Mitglied der Historischen Kommission. In den Jahren 1976 bis 1997 stand er der Abteilung „Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler 1933-1945“ vor, die unter der Leitung seines Nachfolgers und Schülers Hans Günter Hockerts bis zum Ende dieses Jahrzehnts abgeschlossen sein wird. Die Kommission wird Konrad Repgen stets ein ehrendes Andenken bewahren.



KAS/Harald Odehnal.

Winfried Schulze hat die Vollendung seines 75. Lebensjahres zum Anlass genommen, seine Mitgliedschaft in der Historischen Kommission mit Ablauf des Jahres 2017 zu beenden. Er hat ihr seit 1994 angehört und in den Jahren 1997 bis 2002 unter anderem höchst aktiv als Sekretär gedient.

Die Jahresversammlung der Historischen Kommission fand am 7. und 8. März 2017 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften statt. Dabei wählte sie Gerrit Walther (Wuppertal), der dieses Amt seit 2012 bekleidet, erneut für fünf Jahre zum Präsidenten der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Dominik Geppert (Bonn) und Jan-Otmar Hesse (Bayreuth) wurden zu neuen ordentlichen Mitgliedern gewählt. Die Kommission zählt aktuell 46 Mitglieder, davon 24 unter 70 Jahre alte Mitglieder.

Anuschka Tischer wurde zusammen mit dem bisherigen Abteilungsleiter Eike Wolgast mit der Leitung der Abteilung „Deutsche Reichstagsakten, Jüngere Reihe“ betraut.

Den öffentlichen Vortrag, zu dem die Historische Kommission und die Monumenta Germaniae Historica traditionell seit 1973 gemeinsam in den Plenarsaal der Bayerischen Akademie der Wissenschaften einladen, hielt am Abend des 8. März 2017 Rainer C. Schwinges (Bern) über das Thema: „Doctores so an den püchern lesen“. Lebenswege deutscher Gelehrter des 15. bis 16. Jahrhunderts und das Repertorium Academicum Germanicum (RAG)“ (Abdruck des Vortrags im Jahresbericht 2016, S. 31-52).

Die Abteilungsleiter-Sitzung, die am 9. Oktober 2017 in München stattfand, hat sich unter anderem ausführlich mit neuen Forschungsprojekten sowie Haushalts- und Zuwahlfragen befasst.

Folgende personelle Veränderungen aus dem Bereich der Historischen Kommission sind zu berichten: Am 30. April 2017 ist Dr. Frank Wagner aus der Gießener Arbeitsstelle des RAG ausgeschieden. Er war dort von Anfang an seit 1. Oktober 2002 beschäftigt, seit 2006 im Rahmen der Förderung des RAG durch das Akademienprogramm. Die Historische Kommission ist sehr froh, dass Herr Wagner, der zuletzt die Projektleitung in der Gießener Arbeitsstelle übernommen hatte, zum jetzigen Zeitpunkt außerhalb des wissenschaftlichen Bereichs eine neue interessante berufliche Herausforderung gefunden hat und wünscht ihm dafür viel Erfolg. Die Leitung der Gießener Arbeitsstelle hat im Mai Lotte Kosthorst M.A. übernommen.

Zum 30. September 2017 ist, wie erwähnt, altersbedingt Dr. Friedrich Hartmannsgruber, der seit dem 1. September 1989 für die Abteilung „Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler 1933-1945“ tätig war, ausgeschieden.

Seit dem 1. Juli 2017 ist Dr. Marion Kreis (Erlangen), deren Dissertation über Karl Hegel 2012 in der Schriftenreihe der Historischen Kommission erschienen ist, für die „Wissenschaftliche Korrespondenz des Historikers Karl Hegel (1813-1901)“ tätig. Dabei wird sie von Oktober 2017 bis März 2018 durch Dr. Matthias Berg (Berlin) unterstützt, der insbesondere Recherchen in Berliner Beständen zu Korrespondenzpartnern Hegels übernimmt. Zum 1. September 2017 hat für drei Jahre Dr. Claudia Kampmann (Berlin) die Bearbeitung des Briefwechsels zwischen Adolf Harnack und Friedrich Althoff (1886-1908) aufgenommen. Sie wurde heuer bei Wolfram Kinzig (Bonn) mit einer Arbeit über Harnacks Engagement für die „Frauenfrage“ und sein Frauenbild promoviert. Ebenfalls seit dem 1. September ist Frau Mariia Tymtsiv in der Geschäftsstelle der Historischen Kommission beschäftigt. Sie hat die Verantwortung für die „Drittmittel und Stiftungsmittel“ von Frau Ingrid Wenzel-Stengel übernommen. Am 8. September ist Dr. Erwein Eltz (1941-2017) verstorben. Er war von 1978 bis 2006 Mitarbeiter der „Deutschen Reichstagsakten,

Jüngere Reihe“. Von ihm stammen die Editionen der Akten der Reichstage 1544 (4 Teilbände) und 1550/51 (2 Teilbände) sowie in Teilen auch des Reichstags von 1555. Die Historische Kommission wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Gerrit Walther

Helmut Neuhaus

Karl-Ulrich Gelberg

VERÖFFENTLICHUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION

Online:

Der Kurfürstentag zu Regensburg 1575. Bearb. von Christiane NEERFELD. Online Fassung realisiert von Matthias REINERT.
<http://reichstagsakten.de/index.php?vol=kft1575>

Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945-1951. Bearb. von Karl-Ulrich GELBERG und Oliver BRAUN. Online Fassung realisiert von Maximilian SCHROTT und Matthias REINERT.
www.bayerischer-ministerrat.de

Erschienen sind im Druck:

Der Reichstag zu Worms 1509. Bearb. von Dietmar HEIL, Berlin/Boston 2018, 874 S. (Deutsche Reichstagsakten, Mittlere Reihe 10).

Die Reichstage zu Augsburg 1510 und Trier/Köln 1512. Bearb. von Reinhard SEYBOTH, 3 Teilbände, Berlin/Boston 2018, 2822 S. (Deutsche Reichstagsakten, Mittlere Reihe 11).

Eine Währung für das Reich: Die Akten der Münztage zu Speyer 1549 und 1557. Hg. und eingel. von Oliver VOLCKART, Stuttgart 2017, CI, 445 S. (Deutsche Handelsakten des Mittelalters und der Neuzeit XXIII).

Carl von Schubert (1882-1947). Sein Beitrag zur internationalen Politik in der Ära der Weimarer Republik. Ausgewählte Dokumente. Hg. von Peter KRÜGER (†). Mit einer biographischen Einleitung von Martin KRÖGER, Berlin 2017, 836 S. (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 73).

Vom Frankfurter Fürstentag bis zur Auflösung des Deutschen Bundes 1863-1866. Bearb. von Jürgen MÜLLER, Berlin/Boston 2017, CXI, 1152 S. (Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes, Abt. III: Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes 1850-1866, 4).

Die Regierung Hitler. Band VIII: 1941. Bearb. von Friedrich HARTMANN-GRUBER, Berlin/Boston 2017, LXXXIII, 1110 S. (Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1945).

Suse ANDRESEN, In fürstlichem Auftrag. Die gelehrten Räte der Kurfürsten von Brandenburg aus dem Hause Hohenzollern im 15. Jahrhundert, Göttingen 2017, 655 S. (Schriftenreihe der Historischen Kommission 97).

Thomas Felix HARTMANN, Die Reichstage unter Karl V. Verfahren und Verfahrensentwicklung 1521-1555, Göttingen 2017, 370 S. (Schriftenreihe der Historischen Kommission 100).

Korinna SCHÖNHÄRL, Finanziers in Sehnsuchtsräumen. Europäische Banken und Griechenland im 19. Jahrhundert, Göttingen 2017, 505 S. (Schriftenreihe der Historischen Kommission 98).

Im Druck sind:

Der Reichstag zu Regensburg 1541. Bearb. von Albrecht LUTTENBERGER. Redaktion Christiane NEERFELD (Deutsche Reichstagsakten, Jüngere Reihe 11).

1631. Bearb. von Kathrin BIERTHER (Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges. Neue Folge: Die Politik Maximilians I. von Bayern und seiner Verbündeten 1618-1651, Zweiter Teil 6).

Werner Sombart. Briefe eines Intellektuellen 1886-1937. Hg. von Friedrich LENGER, Thomas KROLL, Michael SCHELLENBERGER (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts).

Ein preußischer Gesandter in München. Georg Freiherr von Werthern. Tagebuch und politische Korrespondenz mit Bismarck 1867-1888. Hg. und bearb. von Winfried BAUMGART (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts).

Die Regierung Hitler. Band IX: 1942. Bearb. von Peter KELLER und Hauke MARAHRENS (Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1945).

Christina SCHWARTZ: Zwischen Tradition und Innovation. Die Rektoratsreden an den deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen der Nachkriegszeit 1945-1950 (Schriftenreihe der Historischen Kommission).

Christian LÜDTKE, Hans Delbrück und Weimar. Für eine konservative Republik – gegen Kriegsschuldfrage und Dolchstoßlegende (Schriftenreihe der Historischen Kommission).

VERÖFFENTLICHUNGEN VON MITARBEITERINNEN UND MITARBEITERN

ANNAS, G./Nowak, Jessika (Hg.), Et l'homme dans tout cela? Von Menschen, Mächten und Motiven. Festschrift für Heribert Müller zum 70. Geburtstag (Frankfurter Historische Abhandlungen 48), Stuttgart 2017 – Von Wiener Neustadt nach Rom. Enea Silvio Piccolomini und die Obedienzgesandtschaft Kaiser Friedrichs III. an Papst Calixt III. im Sommer 1455, in: ebd., S. 379-414 – Vlad III. Țepeș im Spiegel humanistischer Geschichtsschreibung: Antonio Bonfini, Filippo Buonaccorsi, Jan Długosz, in: Thomas M. Bohn/Rayk Einax/Stefan Rohdewald (Hg.), Vlad der Pfähler – Dracula. Tyrann oder Volkstribun?, Wiesbaden 2017, S. 71-97.

BÖHNERT, S., Multikonfessionalität als dynastisches Problem im Haus Nassau um 1600. Die konfessionsverschiedene Ehe zwischen Johann Ludwig von Nassau-Wiesbaden-Idstein und Maria von Nassau-Katzenelnbogen, in: Nassauische Annalen 128 (2017), S. 245-276, sowie in: Heide Wunder/Alexander Jendorff (Hg.), Reformation – Konfession – Konversion. Adel und Religion zwischen Rheingau und Siegerland im 16. und 17. Jahrhundert, Wiesbaden 2017, S. 245-276.

BRAUN, O., Christlich-Soziale Union (CSU), in: Staatslexikon. Recht. Wirtschaft. Gesellschaft. Erster Band: ABC-Waffen – Ehrenamt. Hg. von der Görres-Gesellschaft und dem Verlag Herder. 8., völlig neu bearb. Auflage, Freiburg u.a. 2017, Sp. 1126-1130.

GELBERG, K.-U., Die digitale Strategie der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, in: Martin Schlemmer (Hg.), *Digitales Edieren im 21. Jahrhundert* (Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 67), Essen 2017, S. 99-110.

JORDAN, St., Hegel, der Historismus und die Kulturdeutung. Volker Steenblock im Gespräch mit Stefan Jordan, in: *Zeitschrift für Didaktik der Philosophie und Ethik* 39,2 (2017), S. 45 f. – Der Linguistic Turn und seine Folgen für die Geschichtswissenschaft, in: Christof Landmesser/Ruben Zimmermann (Hg.), *Text und Geschichte. Geschichtswissenschaftliche und literaturwissenschaftliche Beiträge zum Faktizitäts-Fiktionalitäts-Geflecht in antiken Texten*, Leipzig 2017, S. 55-71 – Valori perduti e perduta libertà. Croce e il dibattito tedesco sulla relatività dei valori, in: Santi Di Bella/Francesca Rizzo (Hg.): *Croce e la modernità tedesca* (= Il pensiero Italiano. Collana di studi e testi filosofici 1), Canterano 2017, S. 141-155.

SCHOLZ, D./SCHROTT, M., Die Deutsche Biographie zu Gast in Amerika. Deutsche Biographie visiting America, in: *Bibliotheksdienst* 52/1 (2018), S. 42-50.

SEYBOTH, R., Die Karriere der Hohenzollern im späten Mittelalter: Ein Spagat zwischen Franken und Brandenburg, Franken und Reich, in: Sebastian Karnatz/Uta Piereth (Hg.), „herr im hauß“. Die Cadolzburg als Herrschaftssitz der fränkischen Zollern im Mittelalter (Bayerische Schlösserverwaltung, Forschungen zur Kunst- und Kulturgeschichte XII), München 2017, S. 11-27 – Im Spannungsfeld von Bekenntnis, Politik und Dynastie. Markgraf Georg von Brandenburg-Ansbach und die Reformation, in: Armin Kohnle/Manfred Rudersdorf (Hg.), *Die Reformation. Fürsten – Höfe – Räume*, Stuttgart 2017, S. 39-55.

MITGLIEDER DER HISTORISCHEN KOMMISSION

Die Jahreszahl gibt das Jahr der Wahl zum Mitglied der Historischen Kommission an.

WALTHER, Gerrit, Wuppertal, 2008, Präsident
 NEUHAUS Helmut, Erlangen, 1998, Sekretär
 BLASCHKE Karlheinz, Dresden, 1990
 BOEHM Laetitia, München, 1975
 DUCHHARDT Heinz, Mainz, 1995
 ESCH Arnold, Rom, 1992
 FAHRMEIR Andreas, Frankfurt a.M., 2014
 FOUQUET Gerhard, Kiel, 2014
 FREITAG Sabine, Bamberg, 2016
 FRIED Johannes, Frankfurt a.M., 1985
 GALL Lothar, Frankfurt a.M., 1977
 GEPPERT Dominik, Bonn, 2017
 HAUG-MORITZ Gabriele, Graz, 2013
 HAHN Hans-Werner, Jena, 2003
 HECKEL Martin, Tübingen, 1985
 VON HEHL Ulrich, Leipzig, 2004
 HESSE Christian, Bern, 2013
 HESSE Jan-Otmar, Bayreuth, 2017
 HILDEBRAND Klaus, Bonn, 1983
 HOCKERTS Hans Günter, München, 1995
 KAMPMANN Christoph, Marburg, 2012
 KÖLZER THEO, Bonn, 2006
 KRAUS Hans-Christof, Passau, 2010
 LANZINNER Maximilian, Bonn, 2001
 LÖFFLER, Bernhard, Regensburg, 2015
 MÄRTL Claudia, München, 2013
 MEUTHEN Erich, Köln, 1977
 MÖLLER Horst, München, 1991
 MORSEY Rudolf, Speyer, 1981
 MÜLLER Heribert, Frankfurt a.M., 2000
 PARAVICINI Werner, Paris, 2002
 PAULMANN, Johannes, Mainz, 2013

PLANERT Ute, Wuppertal, 2016
 PLUMPE Werner, Frankfurt a.M., 2010
 RAPHAEL Lutz, Trier, 2010
 REHBEIN Malte, Passau, 2015
 REPGEN Konrad, Bonn, 1971 (†)
 SCHIEFFER Rudolf, München, 1994
 SCHULZE Winfried, München, 1994
 SCHWINGES Rainer C., Bern, 1999
 STAUBER Reinhard, Klagenfurt, 2012
 TISCHER Anuschka, Würzburg, 2016
 WILLOWEIT Dietmar, Würzburg, 2000
 WINKELBAUER, Thomas, Wien, 2008
 WIRSCHING, Andreas, Augsburg, 2008
 WOLGAST Eike, Heidelberg, 1988

DIE ABTEILUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION UND IHRE WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITER

Nebenberuflich tätige Mitarbeiter sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet.

Deutsche Reichstagsakten, Ältere Reihe

Leiterin: Prof. Dr. MÄRTL Claudia, Historisches Seminar der LMU, Mittelalterliche Geschichte, Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München.
 Dr. ANNAS Gabriele, Frankfurt a.M.

Deutsche Reichstagsakten, Mittlere Reihe

Leiter: Prof. Dr. WOLGAST Eike, Frauenpfad 15, 69221 Dossenheim.
 Dr. HEIL Dietmar, Prof. Dr. SCHMID* Peter, Dr. SEYBOTH Reinhard, alle Regensburg.

Deutsche Reichstagsakten, Jüngere Reihe

Leiter: Prof. Dr. WOLGAST Eike, Frauenpfad 15, 69221 Dossenheim
 – Prof. Dr. TISCHER Anuschka, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Neuere Geschichte, Am Hubland, 97074 Würzburg.
 Prof. Dr. LUTTENBERGER* Albrecht, Regensburg; Dr. NEERFELD Christiane, Bonn; Dr. SCHWEINZER Silvia, Wien.

Deutsche Reichstagsakten, Reichsversammlungen 1556–1662

Leiterin: Prof. Dr. HAUG-MORITZ Gabriele, Attemsgasse 8/III, A-8010 Graz.
 Dr. LEEB Josef, Oberpörling.

Quellen zur Geschichte des Heiligen Römischen Reiches

Leiter: SEKRETÄR.

Repertorium Academicum Germanicum

Leiter: Prof. Dr. SCHWINGES Rainer C., Känelgasse 27, 3052 Zollikofen, Schweiz – Prof. Dr. HESSE Christian, Länggassstraße 49, Untertobel, 3000 Bern 9, Schweiz.
 Dr. GUBLER Kaspar, TELLENBACH Carmen M.A. beide Bern; KOSTHORST Lotte M.A., BÖHNERT Silvia M.A., DECKER Vanessa M.A., Dr. WAGNER Frank (bis 30.4.2017), alle Gießen.

Deutsche Handelsakten des Mittelalters und der Neuzeit

Leiter: Prof. Dr. Dr. h. c. FOUQUET Gerhard, Leibnizstr. 8, 24118 Kiel.
Dr. LANG* Heinrich, Bamberg; Dr. RABELER* Sven, Kiel; Dr. ISENMANN* Mechthild, Leipzig; Dr. VOLCKART*, Oliver, London.

Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges

Kommissarischer Leiter: Prof. Dr. NEUHAUS Helmut, Fichtestr. 46, 91054 Erlangen.
Dr. BIERTHER* Kathrin, München.

Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts

Leiter: Prof. Dr. WALTHER Gerrit, Frankenstr. 2, 63739 Aschaffenburg – Prof. Dr. KRAUS Hans-Christof, Innstr. 25, 94032 Passau.
Dr. BERG, Matthias, Berlin (ab 1.10.2017); Prof. Dr. BAUMGART* Winfried, Mainz; Dr. KAMPMANN Claudia, Berlin (ab 1.9.2017); Dr. KREIS Marion, Erlangen (ab 1.7.2017); Prof. Dr. KROLL* Thomas, Jena; Prof. Dr. LENGER* Friedrich, Gießen; MUNDING Anne M.A., München (1.1.-31.3.2017).

Die Protokolle des Bayerischen Staatsrats 1799–1817

(in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns)
Leiter: Prof. Dr. STAUBER Reinhard, Dr.-Kucher-Weg 12, A-9061 Wölfnitz-Klagenfurt.
Dr. MAUERER Esteban, München.

Quellen zur Geschichte des Deutschen Zollvereins (1834–1865)

Leiter: Prof. Dr. HAHN Hans-Werner, Friedrich-Wilhelm-Str. 8, 35614 Asslar.

Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes

Leiter: Prof. Dr. FAHRMEIR Andreas, Norbert-Wollheim-Platz 1, 60629 Frankfurt a.M.
Prof. Dr. MÜLLER Jürgen, Dr. TREICHEL Eckhardt, beide Frankfurt a.M.; Dr. KREUTZMANN, Marco, Jena.

Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler 1933–1945

(in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv)
Leiter: Prof. Dr. HOCKERTS Hans Günter, Byecherstr. 34, 80689 München.
Dr. HARTMANNGRUBER Friedrich (bis 30.9.2017), Dr. KELLER Peter und Dr. MARAHRENS Hauke, alle Koblenz.

Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1962

(in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns)
Leiter: Prof. Dr. WIRSCHING Andreas, Waldstr. 16, 85235 Sixtmitern.
Dr. BRAUN Oliver, München.

Deutsche Biographie – Neue Deutsche Biographie

(Deutsche Biographie in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Staatsbibliothek)
Leiter der Deutschen Biographie: Prof. Dr. REHBEIN Malte, Universität Passau, Nikolakloster/Innstraße 40, 94032 Passau.
Leiter der Neuen Deutschen Biographie: Prof. Dr. KRAUS Hans-Christof, Alfons-Goppel-Str. 11, 80539 München.
Dr. EBNETH Bernhard; Dr. JORDAN Stefan; Dr. SCHIMKE Maria; Dr. SONNTAG Regine; Dr. SPLINTER Susan, alle München.

Sekretariatsangestellte: MÜHLENHOFF Gabriele M.A.

Schriftenreihe der Historischen Kommission

Leiter: SEKRETÄR.

Geschäftsstelle der Historischen Kommission

Geschäftsführer: Dr. GELBERG Karl-Ulrich.
Digitale Publikationen: REINERT Matthias M.A.; SCHROTT Maximilian M.A.

Sekretariatsangestellte: HUBER Ursula, KLEPACZKO Gisela, TYMTSIV, Mariia (seit 1.9.2017).

EINE WÄHRUNG FÜR DAS REICH.
DIE AKTEN DER MÜNZZTAGE ZU SPEYER 1549 UND 1557.
ZUSAMMENFASSUNG

von *Oliver Volckart*

Einleitung

Im Herbst 2017 erschien Band XXIII aus der von Gerhard Fouquet geleiteten Abteilung „Deutsche Handelsakten des Mittelalters und der Neuzeit“ der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Anschließend an die Bände X bis XIII der Reihe, die sich mit den Zolltarifen des Mittelalters und der Neuzeit befassten, rückt mit dem neuen Band wiederum ein Thema von unmittelbarer handelspolitischer Bedeutung in den Mittelpunkt des Interesses: Es geht um die Währungspolitik des Reichs in der Mitte des 16. Jahrhunderts, speziell um die Schaffung und Reform der sogenannten Augsburger Reichsmünzordnung von 1551, die das Jahrzehnt zwischen 1549 und 1559 beanspruchte.

Der neue Band macht der wissenschaftlichen Öffentlichkeit mehr als 100 archivalische Quellen in kritisch edierter Form zugänglich. Diese zum größten Teil bislang unbekannteren Dokumente ermöglichen es, ein neues Bild der Geldpolitik des Reichs zu zeichnen. Im Mittelpunkt der Edition stehen die Akten dreier Münztage, die in Speyer stattfanden: einer im Frühjahr 1549, ein zweiter, der im September dieses Jahres begann, und ein dritter im Juni und Juli 1557. Für jede dieser Tagungen ist das Material in Vorakten, Quellen zum Verlauf des Münztags, Verhandlungs- sowie Schlussakten gegliedert. Darüber hinaus wird ergänzendes Material ediert, das Informationen von zentraler Bedeutung für den Verlauf der Währungspolitik im



Zeitraum zwischen den Münztagen bietet. Die Edition wird durch eine ausführliche Einleitung erschlossen, die durch ein Glossar und eine tabellarische Übersicht über die Teilnehmer an den Münztagen ergänzt wird. Ein nach Personen, Orten und Sachbegriffen gegliedertes Register rundet den Band ab.

Die edierten Quellen werfen Licht auf Fragen, die die Forschung bislang gar nicht oder auf sehr schmaler Grundlage zu beantworten versucht hat. Zunächst geht es dabei darum, welche Interessen die beteiligten politischen Akteure in geldpolitischem Zusammenhang verfolgten und wer sich in den langwierigen und mehrstufigen Verhandlungen durchsetzte, die in die Publikation der Münzordnung von 1551 mündeten und deren Überarbeitung bestimmten. Eng verbunden damit ist eine Reihe weiterer Fragen: Was verursachte das Scheitern der Ordnung, das schon nach kurzer Zeit abzusehen war? Stellte ihre Reform, die 1559 in der Veröffentlichung einer weiteren Reichsmünzordnung kulminierte, mehr dar als eine Nachbesserung des Gesetzes von 1551? Inwieweit (wenn überhaupt) gingen die Probleme, unter denen das Geldwesen des Reichs in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts litt, auf die Beschlüsse der an diesem Gesetzgebungs- und Reformprozess beteiligten Akteure zurück? Nicht zuletzt ist zu fragen, welches Licht dies alles auf Entscheidungsprozesse und Gesetzgebungsverfahren auf Reichsebene wirft. Wie wirksam waren diese Verfahren, und hätten den Beteiligten unter den damaligen Bedingungen andere, effektivere Möglichkeiten zur Verfügung gestanden, um eine Einigung zu erzielen? Im Folgenden wird der Inhalt des Bandes zusammengefasst, wobei der Schwerpunkt auf dem Inhalt der dort edierten Quellen liegt.

Ziel der Einleitung ist in erster Linie, die Quellen wirtschafts- und verfassungsgeschichtlich einzuordnen und dem Leser so den Zugang zum vielfach sperrigen Material zu erleichtern. Außerdem umreißt die Einleitung einige Themenfelder, die es ermöglichen, ein neues Bild von der Geldpolitik des Reichs zu zeichnen. Dazu bietet sie als erstes einen kurzen Überblick über die geldwirtschaftlichen Verhältnisse im Reich in den Jahrzehnten vor Veröffentlichung der Münzordnung Karls V. 1551. Die darauf folgenden Abschnitte stellen Forschungsstand und Quellen vor; dann skizzieren sie knapp den Ablauf des geldpolitischen Reformprozesses. Im Weiteren behandelt die Einleitung die Organisation der geldpolitischen Entscheidungsfindung, die Teilnehmer der Münztage sowie die Probleme, die diese zu lösen hatten; ein Schlussabschnitt fasst die Ergebnisse dieser ersten Auswertung der Quellen zusammen.

Der Münztag vom Frühjahr 1549

Das Material zum Münztag vom Februar und März 1549 wird durch die Einladung eingeleitet, die Karl V. im August 1548 an die Reichsstände verschickte (Nr. 1). Hier verwies der Kaiser auf die Ergebnislosigkeit der bisherigen, sich Jahrzehnte hinziehenden Beratungen über eine gemeinsame Reichsmünze und nannte Datum und Ort der geplanten Tagung. Er forderte die Reichsstände auf, das Treffen durch „münzverständige“ Räte, also Fachleute, zu beschicken und skizzierte als Aufgabe, dass die Versammlung, die „in disem handel“ – also in der Währungsfrage – „nach besichtigung und notturfftiger erwegung und berathschlagung desselben ainmal entlich beschliessen“ sollte. Außerdem nutze er die Gelegenheit, eine Reihe offenbar weit verbreiteter Missbräuche im Münzwesen wie z.B. die Ausfuhr und das Einschmelzen und Umprägen von Hartgeld zu verbieten. Zu den Vorakten des ersten Münztags gehören ebenfalls die Instruktionen des sächsischen Kurfürsten für seine Gesandten (Nr. 2), diejenigen Karls V. für die beiden kaiserlichen Kommissare (Philipp von Flersheim, Bischof von Speyer, und Reinhard Graf von Solms) sowie die Beglaubigung der Kommissare (Nr. 3 und 4).

Der Verlauf des Münztags wird in erster Linie anhand zweier Relationen erkennbar, die die kursächsischen Gesandten an ihren Auftraggeber sandten (Nr. 5 und 8). Außerdem liegen eine Reihe von Schreiben der Vertreter König Ferdinands I. (als Erzherzog von Österreich) vor, die weitere Informationen enthalten (Nr. 6 und 7). Alle diese Quellen lassen deutlich erkennen, wie weit Österreich bereit war, Kursachsen entgegenzukommen, und welch starkes Interesse die sächsischen Verhandlungsführer an einer Einigung zeigten. Ebenso deutlich wird allerdings auch, dass sie darin in Dresden keine Unterstützung fanden.

Im Übrigen war der Münztag vor allem von Auseinandersetzungen geprägt, die so tiefgreifend waren, dass sie nicht einmal die Einigung auf einen Verhandlungsmodus erlaubten. Hier standen sich ein letztes Mal bergwerksbesitzende Stände und solche ohne eigene Edelmetallvorkommen unversöhnlich gegenüber. Aber selbst innerhalb dieser beiden Gruppen kam es zu keiner einheitlichen Haltung. Unter den bergwerksbesitzenden Ständen plädierten einige für einen relativ leichten Münzfuß (= die Bestimmungen über Edelmetallgehalt und Gewicht der Geldeinheiten); Kursachsen dagegen stellte sich die Einigung so vor, dass alle anderen sich seiner vergleichsweise stark silberhaltigen Währung anschlossen. Die nicht-bergwerksbesitzenden Stände waren ebenso uneinig: Einige wünschten ein Silberstück, dessen Wert dem aktuellen Kurs des Rheinischen Gulden (d.h. z.B. in Österreich 72 Kreuzer) entsprach,

andere eines, das den traditionellen Rechengulden (also in Österreich 60 Kreuzer) verkörperte. Die Verhandlungsakten (Nr. 9 bis 23) zeigen, dass es den kaiserlichen Kommissaren nur mit Mühe gelang, die Teilnehmer der Tagung zur Annahme eines Abschieds (Nr. 24) zu bewegen, der den Münztag auf den kommenden September vertagte. Mehrere Gesandte legten gegen diesen Abschied Protest ein; ihre Protestschriften (Nr. 27 bis 31) werfen ein interessantes Licht auf ihre geldpolitischen und montanwirtschaftlichen Ziele. Am weitesten gingen die kursächsischen Räte, die sich darauf beriefen, dass sie nicht ermächtigt wären, einer Prorogation des Münztags zuzustimmen. Auf dem Folgetreffen im Herbst war Kursachsen dementsprechend nicht vertreten.

Der Münztag vom Herbst 1549

Das Material zum im September 1549 beginnenden Münztag wird wiederum durch eine Reihe von Instruktionen eingeleitet (Nr. 34-36). Den Verlauf der Tagung zeigt am deutlichsten das Protokoll, das den Zeitraum Mitte September bis Anfang November abdeckt (Nr. 37). Diese Quelle lässt auch erkennen, dass die Organisation des Münztags die eines Reichstags widerspiegelte: Die Teilnehmer bildeten drei Räte (die der Kurfürsten, Fürsten und Städte), die sich normalerweise getrennt trafen, allerdings auch kleinere gemeinsame Ausschüsse bildeten. Daneben fanden regelmäßige gemeinsame Sitzungen der Vertreter des Kurfürsten- und Fürstenrats statt; diese sind es, deren Beratungen das Protokoll schwerpunktmäßig erfasst (es enthält daneben auch die Beratungen einiger Ausschüsse).

Das Protokoll zeigt, dass es den Teilnehmern des Münztags schnell gelang, sich auf die zukünftige gemeinsame Silberwährung zu einigen. Weder der Münzfuß noch die Nominalfolge (die Staffelung der Geldeinheiten angefangen vom Kreuzer bis zum 72-Kreuzerstück als größter Einheit) waren Thema ernsthafter Auseinandersetzungen. Strittig war hingegen das Verhältnis von Silber zu Gold. Zwar bestand auch hier ein gewisses Maß an Einigkeit: Niemand stellte in Frage, dass die zukünftige gemeinsame Goldmünze des Reichs dem bislang von den rheinischen Kurfürsten und einigen anderen Reichsständen in Umlauf gebrachten Rheinischen Gulden entsprechen sollte. Als großes Streitthema der Tagung erwies sich hingegen die Frage, ob der Umstand, dass der gegenwärtige Marktkurs des Rheinischen Gulden bei 72 Kreuzern lag, bedeutete, dass jedermann erlaubt sein sollte, auf Gold lautende Ver-

bindlichkeiten unbeschränkt mit Silbermünzen zu bedienen. Kurz gesagt: Kernthema des Münztags war die Frage, ob das Reich eine bimetallische Währung erhalten sollte. Diese Option zu wählen hätte bedeutet, dass Gold- und Silbermünzen nicht nur in gesetzlich festgelegten Wertrelationen zueinander gestanden, sondern auch unbeschränkt als gesetzliche Zahlungsmittel gedient hätten. Die Alternative war ein System zweier paralleler, auf verschiedenen Edelmetallen basierender Währungen mit freien Wechselkursen, wobei den Konsumenten überlassen geblieben wäre zu entscheiden, ob sie in bestimmten Transaktionen auf der Zahlung in einer bestimmten Währung bestanden.

Das Protokoll, aber mehr noch die nahezu vollständig erhaltenen Verhandlungsakten (Nr. 42-78) lassen erkennen, welche Stände in den Verhandlungen über diese Frage aus welchen Gründen welche Position vertraten. Der Fürstenrat setzte sich geschlossen für eine bimetallische Währung ein, die Räte der Kurfürsten und Städte mehrheitlich dagegen. Die Positionen aller Beteiligten hingen wesentlich von ihrer finanziellen Lage ab, d.h. einerseits von der Herkunft ihrer Einnahmen, andererseits von der Zusammensetzung ihrer Schulden. Angesichts der umfangreichen Produktion von Silber im Reich und der in den Vierzigerjahren beginnenden Silbereinfuhren aus der Neuen Welt, mit denen Abbau und Import von Gold nicht mithielten, waren der Marktpreis von Gold und der Kurs des Rheinischen Guldens seit Jahren gestiegen. Reichsstände, deren Einnahmen vornehmlich aus Gold bestanden, waren daran interessiert, dass sich daran nichts änderte. Dies waren in erster Linie die rheinischen Kurfürsten, in deren Finanzhaushalten die Erträge der in Gold erhobenen Rheinzölle eine wesentliche Rolle spielten. Eine bimetallische Währung mit gesetzlich fixiertem Wertverhältnis zwischen Gold und Silber hätte sie schwer geschädigt. Die Gesandten im Fürstenrat befürworteten hingegen ein bimetallisches System. Wie vor allem aus einem von ihnen Ende September vorgelegten Memorandum (Nr. 52) hervorgeht, war für ihre Position die Schuldenlast ausschlaggebend, unter der zahlreiche Fürsten litten. Ein erheblicher Teil der Verbindlichkeiten lautete auf Gold und musste mit ständig im Wert steigendem Gold bedient werden: daher ihr Interesse an einem ein für alle Mal fixierten Gold-Silber-Wertverhältnis und an einer Währung, in der Silbermünzen unbeschränkt in Transaktionen aller Art verwendet werden konnten. Der Städterat spielte in den Verhandlungen nur eine nachgeordnete Rolle. Seine Vertreter sprachen sich aber ebenso wie die der Kurfürsten gegen eine bimetallische Währung aus. Hinter dieser Haltung stand offenbar, dass zahlreiche Städte Gläubiger von Fürsten und daher an der Rückzahlung von Schulden zu den bisherigen Modalitäten interessiert waren.

Der Münztag vom Herbst 1549 kam in der „Bimetallismusfrage“ zu keinem Ergebnis. Die beiden kaiserlichen Kommissare gestatteten den Gesandten der rheinischen Kurfürsten zwischenzeitlich, ihre Herren aufzusuchen, um diese zu informieren (Nr. 69). Anstatt den Räten neue Instruktionen zu erteilen, umgingen die Kurfürsten den Münztag jedoch und wandten sich direkt an den Kaiser. Ihr umfangreiches, im November 1549 erstelltes geldpolitisches Memorandum (Nr. 84), mit dem sie versuchten, Karl V. auf ihre Seite zu ziehen, blieb jedoch wirkungslos. Das war offenbar zum Teil der Fall, weil Solms, einer der kaiserlichen Kommissare, den Kaiser bereits zuvor aufgesucht und über den Gang der Verhandlungen unterrichtet hatte, unter anderem mit einer Schrift, in der die Vertreter des Fürstenrats ihre Position zusammenfassten und begründeten (vermutlich handelt es sich hier um Nr. 52).

Karl V. hatte bereits auf der Grundlage dieser Vorabinformationen seine Resolution formuliert: Er befürwortete eine bimetallische Währung und befahl seinen Kommissaren, dafür zu sorgen, dass der Münztag eine entsprechende Entscheidung fällte (Nr. 61). Als er sich allerdings mit seiner Reaktion auf das kurfürstliche Memorandum Zeit ließ, nahmen die Gesandten der Kurfürsten dies zum Anlass, den Gang der Verhandlungen hinauszuzögern. Das Gegengutachten der kaiserlichen Räte (Nr. 88) lag erst Ende April 1550 vor – zu einem Zeitpunkt also, als die meisten Delegierten den Münztag bereits verlassen hatten. Die Gesandten der Kurfürsten verzögerten eine Entscheidung nun weiter, indem sie darauf hinwiesen, dass ihren Herren Gelegenheit gegeben werden müsse, auf dieses Gegengutachten zu reagieren. Im Ergebnis zogen sich die Gespräche hin, bis der Beginn des Augsburger Reichstags im Juli 1550 sie gegenstandslos machte (Nr. 78). Eine Einigung kam nicht zustande.

Das bedeutet allerdings nicht, dass die monatelangen Beratungen fruchtlos blieben. Der Münztag formulierte zwar keinen formellen Abschied (Konzept: Nr. 57), aber einen Entwurf zu einer Reichsmünzordnung (Nr. 58), die die meisten Probleme in außerordentlich innovativer Weise zu lösen versprach und lediglich die Frage des Gold-Silber-Verhältnisses aussparte.

Neu und potentiell revolutionär war vor allem die Lösung des in der Forschung so genannten „Kleingeldproblems“. Dieses Problem ergab sich aus dem Umstand, dass der Anteil der Arbeitskosten an den Produktionskosten bei der Prägung von Kleingeld relativ zum Gesamtnennwert des hergestellten Gelds höher war als bei der von „groben“ Münzen. Die Folge war, dass Münzstätten starken Anreizen ausgesetzt waren, lediglich die kostengünstiger herzustellenden Großmünzen zu prägen; der Markt blieb mit Kleingeld unterversorgt, was im täglichen Verkehr hohe Trans-

aktionskosten verursachte. Die meisten Münzstände lösten das Problem, indem sie einen Teil des in Kleingeld enthaltenen Edelmetalls durch unedles Metall ersetzten, also die proportional höheren Arbeitskosten durch geringere Materialkosten aufzufangen versuchten. Damit beschränkten sie aber einen schmalen Grat: Verringerten sie den Edelmetallgehalt des Kleingelds nämlich zu sehr, so brachten die Münzstätten zu wenige große Geldeinheiten in Umlauf, was ebenfalls hohe Transaktionskosten verursachte. Wurden die Konsumenten außerdem des Umstands gewahr, dass Kleingeld proportional zu groben Münzen zu wenig Edelmetall enthielt, so begannen sie, die großen Geldeinheiten „aufzuwechseln“, wie man im 16. Jahrhundert sagte: Sie handelten sie mit einem Agio, also einem höheren als dem offiziellen Wert, so dass z.B. das in Österreich seit 1523 geprägte 60-Kreuzerstück im Verkehr 64 Kreuzer galt.

Das in Speyer im Herbst 1549 erarbeitete Konzept der Reichsmünzordnung fand nun eine elegante Lösung dieses Problems. Es sah ebenfalls Kleingeld von proportional geringerem Silbergehalt vor, sorgte aber dafür, dass für Kaufleute, die die Münzstätten mit Edelmetallen belieferten, Anreize bestanden, auf der Bezahlung in grober Münze zu bestehen. Zu dem Zweck war vorgesehen, die Funktion von Kleingeld (definiert als Münzen unter 6-Kreuzergröße) als gesetzliches Zahlungsmittel auf Beträge bis zu einer bestimmten Höhe zu beschränken: In allen Transaktionen, die größere Summen betrafen, konnte jeder die Bezahlung in unterwertigem Kleingeld ablehnen und darauf bestehen, vollwertige große Münzen zu erhalten. Einzelne Münzstände hatten schon früher mit solchen Maßnahmen experimentiert; nachweisbar ist dies in Nürnberg in den Zwanzigerjahren des 16. Jahrhunderts. Die in Speyer geplante Reichsmünzordnung war jedoch das erste von einem großen europäischen Land geplante Gesetz, das vorsah, das Kleingeldproblem in der Weise zu lösen, die seit dem 17. Jahrhundert europaweit üblich wurde.

Der Augsburger Reichstag 1550/51 (die Akten sind ediert in der von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Reihe „Deutsche Reichstagsakten: Jüngere Reihe“, Band XIX, bearbeitet von Erwein Eltz, 2005) übernahm den auf dem Speyerer Münztag im Jahr zuvor formulierten Münzordnungsentwurf. Allerdings kam auch der Reichstag – auf dem nur wenige der in Speyer beteiligten Räte und Gesandten anwesend waren – in der Frage, ob das Reich eine bimetallische Währung erhalten sollte, zu keinem Ergebnis. Trotzdem beauftragte er Karl V. damit, die Ordnung zu veröffentlichen. Diesem Passus des Reichsabschieds stimmten alle Anwesenden zu, darunter ausdrücklich auch die Gesandten der rheinischen Kurfürsten. Die Publikation sollte unmittelbar nach einer umfassenden Valuation erfolgen,

d.h. einer metallurgischen Bestimmung des Werts, zu dem altes in- und ausländisches Geld vorläufig noch umlaufen können sollte. Als Ort der Valvation sah der Reichstag Nürnberg vor.

Dort wurde das alte Geld also im Frühjahr 1551 valviert; Ende Mai legten die beteiligten Metallfachleute ihren Bericht vor (Nr. 88), und zwei Monate später ließ der Kaiser die neue Reichsmünzordnung so publizieren, wie der Reichstag verlangt hatte (Nr. 90). Die Ordnung kombinierte das Speyerer Konzept mit den Ergebnissen der Nürnberger Valvation, die in die lange Liste der Kurse einfließen, zu denen das alte Geld vorläufig im Umlauf bleiben sollte. In der Frage des Gold-Silber-Verhältnisses traf Karl V. angesichts der fortbestehenden Uneinigkeit der Stände und ihrer Aufforderung, das Gesetz zu veröffentlichen, seine Entscheidung nach eigenem Gutdünken: Das Reich sollte eine bimetallische Währung erhalten.

Der Münztag vom Sommer 1557

Dass deren Einführung Schwierigkeiten bereitete, wurde spätestens nach dem Fürstenaufstand des Jahres 1552 deutlich. Der Regensburger Reichstag von 1556/57 (die Akten sind ediert im Band „Der Reichstag zu Regensburg 1556/57“ der Reihe „Deutsche Reichstagsakten: Reichsversammlungen 1556-1662“, bearbeitet von Josef Leeb, 2013) nahm sich der Sache an. Die Reichsstände schlugen dort vor, die Gelegenheit einer für den Sommer geplanten Kammergerichtsvisitation in Speyer zu nutzen und direkt im Anschluss daran einen neuerlichen Münztag anzuberaumen: Sollte ein Stand gegen die Münzordnung Karls V. Gravamina oder Beschwerden vorbringen, so würden die Deputierten diese beraten und die Ergebnisse ihrer Verhandlungen den Ständen auf der nächsten gemeinen Reichsversammlung vortragen; dort könne dann ein endgültiger Beschluss gefasst werden.

Dieser Aufgabe, die im Vergleich zu der der Tagungen des Jahres 1549 sehr eingeschränkt war, kam der Münztag nach. Darüber informieren zunächst wieder einige Vorakten, darunter die Instruktion der kursächsischen Gesandten und mehrere Beglaubigungsschreiben (Nr. 91-94). Eine Relation, die die kursächsischen Gesandten nach Dresden schickten (Nr. 96), ist die wichtigste Quelle zum Verlauf der Tagung. Bei den Verhandlungsakten handelt es sich außer der Proposition der königlichen Kommissare um die schriftlichen Bedenken, die die Räte Bayerns, Triers, der Kurpfalz, Württembergs und Pommerns vorlegten – wobei die Pommern einen Text wiederverwendeten, den sie bereits auf dem Münztag vom Herbst 1549 zur Diskussion gestellt hatten (Nr. 97-102, vgl. Nr. 56)

und jetzt lediglich mit einigen Gravamina ergänzten (Nr. 103). Eine Zusammenfassung dieser Schriften wurde den Kommissaren übergeben, die darauf mit einer Resolution antworteten (Nr. 104-105). Die Antwort der Deputierten der Stände (Nr. 106) bereitete den Abschied (Nr. 107) vor.

Die Verhandlungsakten legen nahe, dass die Gespräche in weit weniger gereiztem Ton geführt wurden, als es der kursächsischen Relation zufolge den Anschein hat. Außerdem wird deutlich, dass die Reichsmünzordnung Karls V. unter den Fürsten des Reichs nach wie vor breite Unterstützung genoss. Vor allem Württemberg und Bayern taten sich als Anhänger des Gesetzes hervor. Die Deputierten der rheinischen Kurfürsten lehnten die Münzordnung allerdings noch immer geschlossen ab, wobei ihnen nun die kursächsische Delegation den Rücken stärkte (wie erinnerlich war Kursachsen auf dem Münztag vom Herbst 1549 nicht vertreten gewesen). Da die Tagung allerdings keine Einigung erzielen, sondern lediglich Standpunkte sammeln und Diskussionsgrundlagen für den nächsten Reichstag erarbeiten sollte, scheint es nicht sonderlich schwer gewesen zu sein, sich auf ein gemeinsames Statement zum Abschluss des Treffens zu einigen – auf den Abschied, der die Beratungen zusammenfasste.

Schluss

Die im Sommer 1557 in Speyer verfassten Texte und die dort diskutierten Ideen bildeten tatsächlich die Grundlage, auf der sich der nächstfolgende Reichstag – der zu Augsburg im Jahre 1559 (die Akten sind ediert im Band „Der Kurfürstentag zu Frankfurt 1558 und der Reichstag zu Augsburg 1559“ der Reihe „Deutsche Reichstagsakten: Reichsversammlungen 1556-1662“, bearbeitet von Josef Leeb, 1999) – der Währungsfrage wieder zuwandte. Hier folgte man einem in Speyer ursprünglich von den trierischen Deputierten vorgelegten Vorschlag, indem man das 1549-51 eingeführte 72-Kreuzerstück als größte Silbereinheit aufgab und durch ein Silbergulden genanntes 60-Kreuzerstück ersetzte.



Augsburger Silbergulden von 1574; Fritz Rudolf Künker GmbH & Co. KG, Osnabrück; Lübke + Wiedemann KG, Leonberg.

Damit gab man auch das feste Wertverhältnis zwischen Gold und Silber auf; man beschränkte sich darauf, für den nach wie vor als Reichsgoldmünze vorgesehenen Rheinischen Gulden einen Maximalkurs von 75 Kreuzern zu bestimmen. Kaiser Ferdinand I. gelang es mit diesem Kompromiss, die Kurfürsten am Rhein in die gemeinsame Währungspolitik des Reichs einzubinden. Als sich auch Kursachsen einige Jahre später anschloss (im Gegenzug wurde der sächsische Taler zu 68 Kreuzern neben dem Silbergulden als Reichssilbermünze anerkannt), war der Reformprozess abgeschlossen.

Am Ende seien die wichtigsten Einsichten, die den in dem neuen Band der Reihe der „Deutschen Handelsakten des Mittelalters und der Neuzeit“ edierten Quellen zu entnehmen sind, noch einmal knapp zusammengefasst:

Als erstes fällt auf, wie effektiv die Mitte des 16. Jahrhunderts zur Lösung komplexer (wirtschafts-)politischer Probleme genutzten Methoden waren. Die Delegation solcher Fragen an Fachtagungen wie beispielsweise die Münztage war offensichtlich sinnvoll; die damit verbundene Abkehr von der traditionellen Kultur der Präsenz, bei der kollektive Entscheidungen nur diejenigen verpflichteten, die auch persönlich an ihnen beteiligt gewesen waren, bedeutete eher einen Gewinn als einen Verlust an politischer Effektivität.

Dem ist zweitens einschränkend entgegenzuhalten, dass die wechselnde Zusammensetzung der an den geldpolitischen Gesprächen beteiligten Gruppen von Räten und Gesandten durchaus zu schwerwiegenden Fällen von Koordinationsversagen führen konnte. Das deutlichste Beispiel hierfür ist der in den Reichsabschied von 1551 aufgenommene Auftrag an den Kaiser, die Reichsmünzordnung baldmöglichst zu veröffentlichen. Auf dem Reichstag waren an der Diskussion der Münzordnung nur wenige der Räte beteiligt, die im Jahr zuvor auch in Speyer anwesend gewesen waren. Dass in der „Bimetallismusfrage“ noch keine Einigkeit bestand, scheint den Reichstagsteilnehmern weniger wichtig erschienen zu sein als den Vertretern auf dem Münztage; dies erklärt, weshalb sie Karl V. beauftragten, die Münzordnung zu veröffentlichen.

Zu den wirtschaftshistorisch relevanten Einsichten gehört drittens die Tatsache, dass der Gegensatz zwischen Reichsständen, die eigene Silbervorkommen kontrollierten, und solchen, die nicht darüber verfügten, die Währungspolitik des Reichs weit weniger bestimmte als bislang angenommen.

Seit dem Sommer 1549 spielte dieser Gegensatz keine erkennbare Rolle mehr; stattdessen stand die Frage im Mittelpunkt, ob das Reich eine bimetallische Währung erhalten sollte. Die Haltung, die die Stände in

dieser Frage einnahmen, hing – und dies ist das vierte wesentliche Ergebnis – wesentlich von der Zusammensetzung ihrer Einkünfte und der Höhe ihrer Schulden ab. Stände, in deren Finanzhaushalt Goldeinnahmen dominierten, lehnten angesichts der dauerhaft steigenden Goldpreise ein festes Wertverhältnis zwischen Gold und Silber ab; Stände, die ihre Schulden in Gold bedienen mussten, waren hingegen an einem fixen Wertverhältnis und damit an einem bimetallischen System interessiert. Ersteres galt vor allem für die rheinischen Kurfürsten, die auf die Einnahmen aus den in Gold festgelegten Rheinzöllen angewiesen waren; letzteres für die Mehrheit der übrigen Fürsten, die vielfach hoch verschuldet waren. Wie die von Kaiser Ferdinand I. auf dem Augsburger Reichstag von 1559 zu Stande gebrachte Einigung zeigt, waren die Fürsten letzten Endes allerdings bereit, auf die rheinischen Kurfürsten zuzugehen. Dies war die Basis des Kompromisses, der auf der Abkehr vom Bimetallismus beruhte.



Ansicht Speyers aus Sebastian Münsters "Cosmographia", 1550. Abb. Wikimedia CC.

Literatur: Eine Währung für das Reich. Die Akten der Münztage zu Speyer 1549 und 1557. Herausgegeben und eingeleitet von Oliver Volckart (Deutsche Handelsakten des Mittelalters und der Neuzeit 23), Stuttgart 2017, CII + 445 S., 7 Tab., 78 EUR ISBN 978-3-515-11788-3 (Print) ISBN 978-3-515-11791-3 (eBook); Probekapitel: <https://elibrary.steiner-verlag.de/book/99.105010/9783515117913>

Historische Kommission
bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
München 2018

Geschäftsstelle
Alfons-Goppel-Str. 11, 80539 München
Telefon 089/2 30 31-11 51
Telefax 089/2 30 31-12 45
E-Mail gelberg@hk.badw.de
www.historischekommission-muenchen.de

Geschäftsführung Karl-Ulrich Gelberg
Gestaltung Gundula Kalmer